

NETZWERK BESSERE RECHTSETZUNG UND BÜROKRATIEABBAU

CALL FOR TALKS

Brownbag-Seminarreihe: Digitale Verwaltungsprozesse als Mittel der Entbürokratisierung

virtuell (WebEx), voraussichtlich März bis Juni 2024

Die Vortrags- und Diskussionsreihe des interdisziplinären Forschungsnetzwerks Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau wird sich im Frühjahr 2024 mit dem Thema *Digitale Verwaltungsprozesse als Mittel der Entbürokratisierung* befassen.

Auf welche Art und in welchem Ausmaß führt die Digitalisierung der Verwaltung zu weniger Bürokratie? Der digitale Wandel fordert die Verwaltung heraus, sich mit ihren Prozessen und Leistungen anzupassen, da Effizienz in einem sich wandelnden Umfeld für das Funktionieren von Verwaltungen und staatlichen Behörden unverzichtbar ist. Dies steht jedoch oft im Konflikt mit dem bestehenden Bürokratiemodell nach Max Weber, das die Struktur und Ausrichtung der öffentlichen Verwaltung prägt. Wie kann also Bürokratie abgebaut werden, ohne die grundlegenden Aufgaben der Verwaltung zu beeinträchtigen? Dabei soll es um die Fragen gehen, wie gesetzliche Regelungen in Bezug auf Zuständigkeiten, Verantwortungsverteilung und Einspruchsmöglichkeiten gestaltet werden können bzw. sollten (Streicher 2020: 44), um das „Übermaß“ an Bürokratie zu vermeiden. Welche Potentiale bietet die Digitalisierung, um Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und eine Neuausrichtung der Verwaltung zu ermöglichen?

Die digitale Transformation im Öffentlichen Sektor lässt sich nach Streicher (2020: 5)¹ in drei Dimensionen (Handlungsebenen) unterscheiden: Mensch, Organisation und Technik. Für die Vortragsreihe soll der Fokus auf die Handlungsebene der Organisation gelegt werden. Hierbei sind Vorgaben zur Prozessqualität, die Definition von Standards für die Bearbeitung, innovative Referenzprozesse, die Implementierung von Chief Digital Officers (CDO), die Einführung neuer (agiler) Arbeitsmodelle – beispielsweise kollaborative Zusammenarbeit – sowie Veränderungen in der Aufbauorganisation erforderlich, um den Anforderungen der Prozessintegration und Überarbeitung von Abläufen gerecht zu werden (ebd.). Auch Ideen zur Förderung von Innovationen in der Verwaltung für bürokratiearme Prozesse sind gefragt.

Gesetzlichen Grundlagen, insbesondere die Verfahrensvorschriften, werden häufig als Hindernis wahrgenommen, wenn es darum geht, die traditionellen Verwaltungsprozesse in digitale Abläufe zu überführen und somit durchgehend elektronische Behördenverfahren zu etablieren (Streicher 2020: 7). Es stellt sich die Frage, wie diese gesetzlichen Grundlagen optimiert werden können, um den Weg für die nahtlose Umstellung auf digitale Verfahren zu ebnen. Darüber hinaus ist auch eine Untersuchung der Hemmnisse bisheriger Ansätze zur Verwaltungsdigitalisierung von Bedeutung. Ein

¹ Streicher, Hans Werner (2020): *Digitale Transformation in der öffentlichen Verwaltung*, Berlin: Springer Gabler.

NETZWERK BESSERE RECHTSETZUNG UND BÜROKRATIEABBAU

Beispiel hierfür ist das Onlinezugangsgesetz (OZG) in seiner ursprünglichen Fassung, das bis Ende 2022 die Digitalisierung von 575 Verwaltungsleistungen vorsah. Welche Erkenntnisse können insbesondere in Hinblick auf die Schaffung einer effizienten und weniger bürokratischen Verwaltung gewonnen werden?

Im Kontext dieses Hintergrundes widmet sich die geplante Vortrags- und Diskussionsreihe des interdisziplinären Forschungsnetzwerks Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau ([Netzwerk Bessere Rechtsetzung & Bürokratieabbau - IAW \(netzwerk-rechtsetzung-buerokratieabbau.de\)](https://netzwerk-bessere-rechtsetzung-und-buerokratieabbau-iaw.netzwerk-rechtsetzung-buerokratieabbau.de)) den folgenden und weiteren Themen:

- rechtliche Rahmenbedingungen (z. B. Verfahrensvorschriften) für eine Entbürokratisierung in der digitalen Verwaltung
- Beschleunigung von Verwaltungsverfahren/-prozessen durch Digitalisierung
- Neugestaltung der Verwaltung, einschließlich Aspekten wie E-Government oder Open Government und Entwicklung neuer Verfahren unter Einbezug der Digitalisierung und KI (Chatbots, etc.) für den Verwaltungsvollzug
- Analyse von Hemmnissen der Verwaltungsdigitalisierung und Identifikation von Gründen, z. B. Lehren aus der OZG-Umsetzung
- Praxisberichte über Probleme und Erfolge – strategische, organisatorische, und/oder inhaltliche Herausforderungen in der Praxis.
- Qualitätssicherung von digitalen Verwaltungsprozessen (Methoden und Strategien, Evaluierungen und Anpassungen)
- Was ist ein effizienter Verwaltungsvollzug?

Willkommen sind empirische, konzeptionelle und theoretische Beiträge aus allen relevanten Disziplinen sowie Beiträge aus der Praxis. Ziel ist ein offener und anregender Austausch zu diesen und verwandten Themen im Netzwerk Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau sowie mit allen Interessierten Teilnehmenden. Insbesondere streben wir einen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis an.

Einreichung von Beiträgen

Mitglieder des Netzwerks und andere interessierte Wissenschaftler*innen sowie Praktiker*innen, die sich mit einem Beitrag an der Vortragsreihe beteiligen möchten, werden gebeten, sich ab sofort und bis **28. Januar 2024** informell bei der Netzwerk-Geschäftsstelle mit ihrem Themenvorschlag incl. kleinem Abstract zu melden (netzwerk@iaw.edu; Heidrun Braun und Hannah Tonn). Die Einreichung eines Forschungspapiers ist nicht erforderlich.

Veranstaltungsort und -zeit

Die Vorträge finden virtuell im ca. 2-wöchentlichem Rhythmus je zur Mittagszeit (12:30 bis 13:30 Uhr) am Mittwoch statt. Geplant ist jeweils ein ca. 30-minütiger Vortrag, gefolgt von Diskussion und Austausch. Beginnen soll die Vortragsreihe voraussichtlich Ende Februar oder Anfang März 2024.

Aktuelle Informationen zur Vortragsreihe finden Sie auch auf der Website des Netzwerks: [Call for Talks: Brownbag-Seminarreihe - Digitale Verwaltungsprozesse als Mittel der Entbürokratisierung - IAW \(netzwerk-rechtsetzung-buerokratieabbau.de\)](https://netzwerk-bessere-rechtsetzung-und-buerokratieabbau-iaw.netzwerk-rechtsetzung-buerokratieabbau.de)